

# Danziger Zeitung.

Nr. 7255.

Die "Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Poststellen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen.  
Preis pro Quartal 1 R. 15 Z. Auswärts 1 R. 20 Z. Interat. pro Petit-Zeile 2 Z. nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer und Rud. Rosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schüller; in Elbing: Reumann-Hartmann's Buchhandl.

1872.

## Lotterie.

Bei der am 22. d. M. fortgesetztenziehung der 4. Klasse 145. Königlich Preußischen Lotterie fiel 1 Hauptgewinn von 10,000 R. auf No. 69,459. 4 Gewinne von 5000 R. fielen auf No. 341 8084 42,919 und 87,719. 2 Gewinne von 2000 R. auf No. 16,212 und 61,688.

41 Gewinne von 1000 R. fielen auf No. 346 879 6635 9819 9935 11,183 17,964 18,194 19,967 22,560 22,672 24,224 28,487 28,532 31,220 31,787 33,698 34,216 34,950 35,585 37,108 41,419 42,997 47,467 50,168 56,575 58,471 61,404 62,063 66,008 69,982 75,244 75,680 79,109 79,658 79,688 80,133 82,787 85,083 86,168 und 91,606.

36 Gewinne von 500 R. auf Nr. 11,867 12,008 15,845 16,701 19,627 20,717 20,963 23,907 30,968 31,610 33,049 34,148 35,115 36,458 36,684 38,092 40,480 45,372 46,742 49,217 49,454 56,367 58,150 59,563 64,468 72,724 74,228 81,191 83,427 84,427 85,404 88,248 89,115 90,644 91,580 und 91,801.

70 Gewinne von 200 R. auf Nr. 2083 3930 7349 8478 8658 9036 10,020 13,041 13,733 13,812 17,908 19,156 20,831 21,748 23,629 28,608 30,468 30,790 32,332 33,375 36,939 39,122 39,446 40,864 42,836 43,019 43,242 44,141 45,507 45,656 48,402 48,650 48,875 49,154 50,792 50,811 51,359 52,021 56,924 58,900 60,083 61,048 62,941 63,457 64,135 65,253 65,356 66,045 67,595 70,765 72,224 73,866 74,412 76,254 76,290 76,784 77,874 81,658 82,193 84,020 84,801 87,902 88,826 88,963 90,392 91,759 82,542 93,013 94,381 und 94,898.

## Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

München, 22. April. Die zweite Kammer hat heute den bayerischen Militäretat im Betrage von 19,076,748 Fl. genehmigt, den Gesetzentwurf, die Gewährung eines außerordentlichen Credits im Betrage von 10,400,000 Fl. für Militärzwecke auf die Zeit vom 1. April bis 31. Juli betreffend, angenommen, ferner das Postulat der Regierung von 14,338,800 Fl. zur Vervollständigung des bayerischen Staatsseisenbahngesetzes und endlich eines dergleichen von 8 Mill. zur Ergänzung und Vermehrung des Eisenbahnfahrmaterials bewilligt.

Prag, 22. April. Zu der heute Seitens der Gründigster stattfindenden Landtagswahl sind die Feudalen nicht erschienen; dieselben haben aber einen Protest überreichen lassen. Die verfassungstreuen Großgrundbesitzer haben sich recht zahlreich eingefunden. Die Bildung der Wahlcommission hat heute Morgen 9 Uhr begonnen.

London, 22. April. Das Cabinet wird, wie "Daily News" melden, bei Gelegenheit der Specialberatung der vor Fawcett eingebrachten Dubliner Universitätsbill durch den Staatssekretär von Irland, Marquis Hartington, den Antrag auf Verwertung stellen lassen, die eventuelle Ablehnung dieses leiteten als ein ihm ertheiltes Misstrauensvotum betrachten und demzufolge seine Entlassung einreichen. Der beauftragte Beschluss soll, wie "Daily News" hinzufügt, in einer am Sonnabend abgehaltenen Cabinetsitzung gefasst worden sein. — Über den Inhalt der amerikanischen Gegenschrift in der Alabamafrage verlautet, daß dieselbe die Einwendungen Englands gegen den Anspruch auf Ersatz der indirekten Schäden im Einzelnen beantwortet und sich schließlich gegen die Auslegung der Pflichten der Neutralität wende, welche England zu seinen Gunsten versucht habe.

Madrid, 22. April. Die Mitglieder der carlistischen Ausschüsse in Madrid, Valladolid, Zamora, Burgos und anderen Städten sind verhaftet worden. In der Provinz Toledo hat sich eine carlistische Bande von etwa 16 Mann gezeigt, ebenso ein etwa gleich großer, von einem Priester befehliger Haufen in der Provinz Navarra; doch ist die öffentliche Ruhe nirgends gestört.

## Die große Excommunication und der Bischof von Ermland. I.

Es ist das selbstverständliche Recht einer jeden Genossenschaft, daß sie von den genossenschaftlichen Rechten, ja, von ihrer Mitgliedschaft selbst Jeden auslösken darf, der die genossenschaftlichen Pflichten in besonders hohem Maße verletzt oder gar die Erfüllung derselben überhaupt verweigert. Aber in einer Genossenschaft, die nicht so weit entartet ist, daß sie den genossenschaftlichen Charakter noch nicht in dem Maße verloren hat, daß sie in künftiger oder ländlicher Unmündigkeit willenslos der Herrschaft eines oder weniger Einzelnen sich unterwirft, ist sie es selbst oder es ist doch ihre freigewählte Verbindung, die in letzter Instanz über die Rechtsverringierung oder den Ausschluß ihrer Mitglieder entscheidet.

Das ist, so weit unsere Kenntnis reicht, Recht bei allen nicht despotic regierten Völkern. Eine Ausnahme finden wir nur bei kirchlichen Genossenschaften, also gerade bei solchen, welche ursprünglich doch die freiesten und zugleich die sittenreinsten von allen gewesen waren. Doch müssen wir dabei hervorheben, daß auch in der katholischen Kirche, zumal in Deutschland, unter ihren diesen Dingen zurechnungsfähigen Mitgliedern es nur die eine, die ultramontane Partei ist, welche die absolute Gewalt des Papstes und die, nur durch sie beschränkte, absolute Gewalt der Bischöfe als eine rechtmäßige, ja, von Gott selbst unumstößlich eingesetzte Macht betrachtet oder daftt ausgiebt. Nicht allein, daß diese Partei es ist, welche einer despoticen, nur durch sich selbst eingesetzten Hierarchie noch das Recht zugestellt, jeden von ihr für unwidrig erklärt ohne Befragen der Gemeinde aus der Gemeinschaft der Kirche auszuschließen (auch die lutherisch-orthodoxen Pastoren nehmen das Recht für sich in Anspruch): nein, diese Ultramontanen stecken noch so tief in der Barbarei des Mittelalters, daß sie es für die Befolgung eines besonderen göttlichen Gebotes erklären, wenn die

"Kirche", d. h. der Papst und die ihm unterworfenen Bischöfe, um die Worte des Bischofs Krementz in seinem Schreiben an den Kultusminister hier zu gebrauchen, wenn sie „ihre gefährlichsten Feinde, welche daran ausgehen, Spaltungen zu stiften und die Gläubigen zum Abfall von der überlieferten Lehre zu versöhnen“, mit der sogenannten großen Excommunication oder dem „Anathema“ bestrafen. Das Anathema bedeutet aber nicht einfache Ausschließung aus der kirchlichen Gemeinde, sondern noch weit darüber hinaus und zwar nach den noch niemals aufgehobenen Sanktionen des Mittelalters, zugleich ein Vermaledict, ein Verwünschen, Verfluchen zu zeitlichem und ewigem Verderben. Es bedeutet Aufruhr an der weltlichen Obrigkeit, daß sie dem „vermaledeten“ Menschen keine Rechtsfähigkeit entziehen solle; es bedeutet, in jeder Beziehung denselben für einen Paria, für einen aus der menschlichen Gesellschaft Ausgestoßenen zu erklären, mit dem Niemand, als etwa „die eigenen Eltern und Kinder, Dienstboten und vergleichbare Personen“ verkehren dürfen, ohne sich damit einer schweren Sünde schuldig zu machen und selbst der Excommunication zu verfallen. Ja, so unrein soll er sein, daß er nicht einmal neben den „Gläubigen“ begraben werden darf, weil selbst sein bloßer Leichnam die Begegnungsstätte entweihen würde.

Wenn die „große“ Excommunication mit der ausgesprochenen Absicht, ihre folch Wirkungen beizulegen, in unserer gegenwärtigen Zeit erfunden wäre, so würde man sie für das Werk des Wahnsinns oder einer ganz blödsinnigen Bosheit halten. Aber sie ist, wie gesagt, ein Produkt des Mittelalters, und weil wir die Zustände und die Vorstellungswesen desselben aus der Geschichte kennen, so begreifen wir, daß es entstehen konnte, ohne daß seine Urheber gerade zu den Geisteskranken oder entschieden Geisteschwachen oder zu den unverbesserlich Boshaften gehörten. Jedoch rechtfertigen oder auch nur besonders entschuldigen wir sie nicht, und zwar schon darum nicht, weil sie keineswegs im Sinne der Besten ihrer Zeit handelten. Denn schon im Mittelalter wurden diese Verfluchungen von gar vielen gelehrten und frommen Männern für sehr unchristlich gehalten und erklärt. Doch werfen wir auch keinen Stein auf jene einfachen Priester und Mönche, welchen es ganz unmöglich war, zu denken, daß etwas Unchristliches und Unfrommes aus dem Munde des obersten Priesters der Christenheit kommen könnte. Solcher Einfältigen mag es auch heute noch gar Manche unter dem Clerus in weniger gebildeten und weniger gesitteten Ländern geben, unter dem deutschen Clerus dagegen ist ihre Zahl (wer wollte es bezweifeln?) gewiß eine äußerst geringe. Desto größer leider ist die Zahl derer, welche nicht wagen, dem Fortbestehen einer solchen Barbarei sich offen zu widersetzen, so daß von ihnen auch die Wenigen nichts zu fürchten haben, welche in kühler Berechnung ihres Vortheils oder, im entgegengesetzten Falle, ihres Schadens, wohl gar mit eigener Hand den Blitz ihres Anathemas sogar gegen solche Männer schleudern, denen sie nichts vorwerfen können, als daß sie noch heute dieselbe Ueberzeugung aussprechen, zu welcher die Verdammenden selbst sich einst, es ist noch nicht zwei Jahre her, bekannten.

Doch dem sei, wie ihm wolle, das Verkündern der großen Excommunication, auch mit den abgeschwächten Folgen, welche die Bischöfe ihr heute nur geben können, ist eine an und für sich selbst unsittliche und zugleich gemeinschädliche Handlung und wird als solche von allen wirklich religiös gesinnten, von allen klar und rechtschaffen denkenden Deutschen verworfen. Die Regierung ist also im Interesse des öffentlichen Friedens und der Religion selbst verpflichtet, die Begehung derselben mit allen geleglichen Mitteln zu verhindern. Sehen wir zu, was die Regierung bisher in dieser Beziehung gethan und mit welchen Gründen der Bischof von Ermland sich zu verteidigen sucht.

## Reichstag.

10. Sitzung am 22. April.

Interpellation Wiggers bezüglich des Reichspflegegesetzes, welche von den Vertretern aller liberalen Fraktionen unterzeichnet ist. — Abg. Wiggers: In der ersten Reichstagsession des vorigen Jahres wurde der Antrag auf Aufhebung der Beitragsanctionen und der Entziehung der Befugnis zur Ausübung des Pflegewerbes mit einer Majorität von 221 gegen 37 Stimmen angenommen, zugleich mit einer Resolution, den Bundesländern zu ersuchen, baldmöglichst den Entwurf eines Pflegesetzes vorzulegen. Auf eine Interpellation wegen derselben Angelegenheit in der letzten Herbstsession erklärte Präsident Delbrück, daß die Vorlegung des Gesetzes in der gegenwärtigen Session mit Bestimmtheit in Aussicht steht. Dessen ungeachtet ist sie bis jetzt nicht erfolgt. Die Aufhebung der vielen in Preußen noch gesetzlich bestehenden, zum Theil ganz widerstimmigen vorzeitlichen Bestimmungen ist ein dringendes Bedürfnis. Die Beitragsanctionen sind selbst schon in Mecklenburg aufgehoben und die Beitragsstempelsteuer, dieser Schutzoll zu Gunsten der Dummkopf, welcher das nothwendigste geistige Nahrungsmittel des Volkes besteuert, besteht, soviel ich weiß, von allen deutschen Staaten allein nur noch in Preußen. Die Sache muß aber jetzt zum Austrage gebracht werden, da wir eine Herbstsession wahrscheinlich nicht haben werden, und in den nächsten Jahren große Gesetzgebungsfragen, namentlich die Civilgesetzgebung, uns der Art beschäftigen werden, daß die Angelegenheit, wenn sie nicht in dieser Session erledigt wird, voraussichtlich ad calendas graticas verschoben bleibt. — Präsident Delbrück erklärt,

dass die Rückäußerungen der Einzelregierungen über den Entwurf so spät, zum Theil erst in den letzten Tagen eingegangen, daß es unmöglich sein wird, die Vorlage noch in dieser Session zu machen. — Abg. Dr. Biedermann: Die Sache ist eine so unendlich viel durchgesprochene, daß das Urtheil der Regierung nach der einen oder andern Richtung hin doch bereits feststehen könnte. Die Geschichte der Presse zeigt, daß die ärgerlichsten Bedrängnisse der Presse immer dastanden, wo eine Regierung sich im Gegensatz mit dem Geiste des Volkes befand, wo sie ein böses Gewissen hatte. So existirt das preußische Pressegesetz vom Jahre 1851 aus einer Zeit, über die man den Schleier der Vergessenheit wirft, aus den Tagen von Olmütz. Die Intendanten verlangen ja nicht eine schrankenlose Presselfreiheit, sondern daß die leichten Sanktionen der Präventivmaßregeln beibehalten werden. Sie haben die Verkehr- und wirtschaftliche Freiheit einfestet, wollen Sie dem Geiste die Fesseln erhalten, der unsere große deutsche Literatur geschaffen hat? Ich bedauere, daß wir auf Vorlegung des Gesetzes in dieser Session verzichten müssen. — Abg. v. Kusserow ist durchdrungen von der Richtigkeit der Anschauungen, die das Haus so eben gehört hat und glaubt die Erfahrungen, die er im Staatsdienste im Ausland gesammelt, zu Gunsten der Sache verwerthen zu sollen. Was die Kabinettsanträge anlangt, so stimme er principiell für Aufhebung des Präventivsystems; die vorläufige Beschlagnahme sollte er nur aufrecht erhalten wissen im Kriegszustande und bei auswärtigen Begegnungen. Für die vorläufige Beschlagnahme würde er nur stimmen können, wenn die Bundesregierung das Principe annähme, für die Beschädigungen aufzukommen, die durch ungerechtfertigte Beschlagnahmen Seitens der Beamten geschehen. Die Aufhebung der Präventivmaßregeln werde es bewirken, daß der Ruf des Journalisten ebenso ehrenvoll, ebenso nützlich und hochgestellt werde, wie die Thätigkeit eines Beamten oder Künstlers. (Heiterkeit.) Redner empfiehlt die englische Presselfreiheit mit den englischen Kaufleuten, und vermutet, wenn Schiller heut zu Tage lebte, würde er seinen Marquis Posa sagen lassen: „Gebt mir Presselfreiheit!“ — Abg. Dunder führt eine Anzahl von Thaten an, um die Unfehlbarkeit der preußischen Pressegesetzgebung darzuthun. Er zeigt eine Nummer der „Volkszeitung“ vom 26. April 1867 vor, die an diesem Tage vorläufig mit Beschlag belegt wurde und ihr am 4. März 1872, also nach fünf Jahren zurückgeliefert wurde. Wie sehr gerade die Presse geeignet ist, Missbräuche aufzudecken, hat sich erst dieser Tage gezeigt. Während der Mobilisierung veröffentlichte Karl Ruy den Klageschrei eines Magdeburger Soldaten über die Maltreatirung der Recruten beim Exerciren. Natürlich war die Staatsanwaltschaft sofort mit einer Klage bei der Hand: Ruy wurde aber dieser Tage freigesprochen, weil er die Wahrheit seiner Angaben erwiesen hatte. Die betreffenden Unteroffiziere sinn auch mit einer, freilich sehr gelinden Strafe belegt worden — ich glaube mit drei Tagen Mittelarrest — in Factum, daß ich der zur Beratung des Militärstrafgesetzes niedergesetzten Commission zur Beachtung empfiehle. Mindestens veröffentlichten sollte die Reichsregierung noch während dieser Session den Pressegesetzentwurf, damit man erkennen kann, ob sie sich endlich zu dem Principe der Presselfreiheit bekannt, oder in den ausgetretenen Geleisen der preußischen inneren Politik fortzufahren gedenkt.

Übersicht über die Gesetzgebung, sowie die Einrichtung und den Gang der Verwaltung in Elsaß-Lothringen für 1871—1872. Präsident Simson beantragt zum Schlusse der Discussion durch eine Resolution zu erläutern, daß durch die vorgelegte Übersicht dem § 3 des Gesetzes vom 9. Juni 1871 Genüge geschehen sei. — Abg. Reichensperger (Olpe) macht darauf aufmerksam, daß in Elsaß-Lothringen von Seiten der Regierung die katholische Presse systematisch unterdrückt zu sein scheint. Man sieht nur vielleicht, es handle sich hier nicht um katholische, sondern um ultramontane oder clericale Organe (ja wohl!) oder gar, diese Blätter verfolgten eine reichsfeindliche Tendenz. (Sehr richtig!) Mit solchen Stichwörtern suchte man gegenwärtig ja jeden abzufertigen, der auf einem christlich-katholischen Standpunkte steht, aber selbst diejenigen, welche einen verartigen Standpunkt als eine Verirrung des Verstandes oder des Herzens betrachten, werden doch zugelassen, daß durch solche Unterdrückungen der öffentlichen Stimme allemal das Gegenteil von der beabsichtigten Wirkung erreicht wird. Redner citirt Bemerkungen aus der neuzeitlichen Schrift des Geistlichen Fabri, daß die energische Herstellung confessioneller Schulen durch v. Kühlwetter allgemein im Elsaß Freude hervorgerufen; den Gegenbefehl aus Berlin, es wieder confessionell zu machen, bezeichnet Fabri als den größten Fehler. Auch das Gemeinderäthe, welche um die Anstellung von Schulbrüdern, die sich der größten Popularität im Elsaß erfreuen, petitionierten, abfällig beschieden sind, hat einen schlechten Eindruck hervorgerufen. — Abg. Bamberger ist überzeugt, daß die Mehrheit des Reichstages der Reichsregierung ihre volle Anerkennung aussprechen muß, daß sie bei den ungewöhnlichen Schwierigkeiten, die hier vorlagen, im Stande war, bereits so viel zu leisten, so geordnet und geregelte Zustände herzustellen, wie wir sie im Augenblick in Elsaß-Lothringen finden. Ich glaube, daß auch die Prinzipien, welche die Reichsverwaltung gegen den Geist der Bewohner bedacht hat, in vollem Maße unsere Zustimmung finden müssen. Nun beschwert sich der Vorredner darüber, daß die clericale Presse gewissen Beschränkungen unterworfen war, und daß die Reichsregierung überhaupt sich

dem katholischen Clerus nicht so geneigt gezeigt hat, wie er es wünschte. Redner führt nun aus, daß zu Anfang der Occupation die Regierung vorwiegend von dem Gedanken beherrscht war, es wäre eine gute Politik, sich das Land dadurch zu verschönern, daß man sich mit einer gewissen Bereitwilligkeit in die Arme der ultramontanen Partei wirft. Er selbst habe dort dies als einen Irrthum bezeichnet, indem er gesagt: Man wird Alles annehmen, was ihr gebt, aber man wird es nur zu eurem Schaden ausbeuten. (Hört!) So habe sich damals die Reichsregierung zu der clericalen Partei gestellt und es liege nicht an ihr, wenn das Verhältniß fest geblieben sei. Wenn Sie aber zweifeln, daß überall die vom clericalen Geiste inspirierte Presse antideutsch ist, so bezweifeln Sie wirklich das Tageslicht. So ist es in allen Ländern der Welt, wo deutsche Interessen mit denen fremder Nationalitäten ins Spiel kommen. Sie ist in Polen antideutsch-polnisch, in Elsaß-Lothringen antideutsch-französisch, in Böhmen antideutsch-tschechisch und in Trentino, in Wälsch-Throlitalienisch gegenüber den Deutschen; sie ist überall alles Andere, nur nicht deutsch. Hat nicht Herr Keller, der Elsaß, in der französischen Nationalversammlung erklärt, daß die katholische Partei die allerdirekteste und solideste Stütze für die Wiederannexion des Elsaß sei? Hat dies nicht Neuan in seiner Antwort an Strauß gehabt: er zwar allerdings könne sich nicht mehr zur katholischen Partei befehligen, müsse aber doch erklären, er könne es Frankreich nicht abnehmen, wenn es in seinem Herzensbedürfnis nach Revanche und Wiederherstellung der Provinzen der katholischen Partei sich in die Arme werfe. Solchen Bengissen gegenüber ist die Reichsregierung in ihrem Verhalten vollständig gerechtfertigt, und was die konfessionellen Schulen betrifft, so verstehe ich nicht, wie Demand, der behauptet, den Geist der Elsaß-Lothringischen ursprünglichen Bevölkerung zu vertreten, behaupten kann, es sei dieser ein Leidet, auf welche die französische Bevölkerung bisher am meisten stolz war, unangestastet wieder hergestellt wurde, nachdem sie auf eine ungeschickte Weise besiegt worden war. Im Elsaß war, soweit ich weiß, nur eine Stimme darüber, es wurde ein Nothschrei erhoben über diese Wiederherstellung mittelalterlicher Zustände, wie man es nannte, gegenüber einer so weit vorgeschrittenen Gesetzgebung wie die französische, die aus einer glorreichen Revolution die Freiheit der Schule und die konfessionelle Schule erobert hatte. Aber warum wird jede Erleichterung der ultramontanen Umtriebe begehr? Weil man hofft, daß dadurch die Wiederherstellung des Elsaß von Deutschland befriedet und erleichtert werde. Ich weiß aus eigener Anschauung, daß die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen von Natur, von Stamm und Sprache ganz deutsch ist und ich hege die sichere Ueberzeugung, daß ein Menschenthaler dazu hinreichen wird, sie zu Deutschland zurückzuführen; aber ich verleme auch nicht, wie Demand, der groß geworden ist in französischer Bildungsform, sich unglaublich in den neuen Verhältnissen und ich theile vollständig die Ansicht der Reichsregierung, welche z. B. in dem Militärgefege mit der äußersten Schonung zu verfahren beschlossen hat, weil es menschlich und politisch geboten ist, diese Naturnothwendigkeit zu berücksichtigen, überall nachzugeben, wo es thunlich ist; aber überall energisch unseren Bevölkerung befehlen, wie Herr Reichensperger. Er wurde nach dem Elsaß berufen, um eine protestantische Kirchenverfassung zu Stande zu bringen. Engült mit den sogenannten „Altilutherischen“, hat er im Sinne dieser Seite in der That einen Entwurf zu Stande gebracht. Unsere allerbesten Freunde, die deutsch gesinnten Elsaßländer, waren enttäuscht über die Art und Weise, wie dieser Entwurf mit den alten, katholischen Einrichtungen umsprang (hört! hört!) und ein einflußreicher Mann hat die nötigen Schritte, um diesem „Unglück“, wie er sich ausdrückte, vorzuzeigen, was ihm denn auch gelungen ist. (Hört!) Als plötzlich ohne äußerliche Veranlassung und sogar etwas insgeheim die Seminare confessionell eingereicht wurden, war das unverständlich für alle Welt, unverständlich auch für die Katholiken, die dann freilich, als sie genauer zusahen, das Geschlechtsbarbarisch annahmen. Wenn der Reichskanzler auf Grund allgemeiner Missstimmung den ursprünglichen Zustand wieder hergestellt hat, so war das kein Attentat, sondern völlig gerechtfertigt. Die Schulbrüder genießen nicht die große Popularität, die Dr. Reichensperger ihnen beimisst; erst in den letzten Jahren der napoleonischen Regierung sind sie von derselben sehr protegiert worden. Ich

Dass man bestrebt ist, das bestehende Recht nach Möglichkeit zu wahren, billige ich durchaus, nur bedaure ich, dass die Reichsregierung über das, was bestehendes Recht ist, von den meinigen erheblich abweichende Ansichten hat. Redner missbilligt das Verbot der ultramontanen Blätter, besonders der „Germania“. Solche Maßregeln sind Reminiszenzen aus der traurigsten Zeit des preußischen Staatslebens, die mich im höchsten Grade betroffen haben; — nicht als ob ich glaubte, dass dieselben den unterdrückten Blättern schaden könnten, sondern weil ich mir sagte, dass dies der ungeeignete Weg sei, die Herzen Elsaß-Lothringens für Deutschland zu gewinnen. (Beifall.) — Präsident Delbrück: Man ist gegen die bezeichneten Blätter nur vorgegangen, weil sie eine reichsfeindliche und den inneren Frieden gefährdende Tendenz zeigten. Welche speziell kirchliche Richtung diese Blätter hatten, war dabei vollkommen gleichgültig; wenn sie mit ihrer reichsfeindlichen Tendenz zugleich die Vertretung einer bestimmten clericalen Richtung vereinigten, so ist das ein Auffall, für welchen die Regierung keine Verantwortung übernehmen kann. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete Reichensperger hat sodann Einiges aus dem Werke des Dr. Fabri angeführt. Ich kenne dasselbe nicht, glaube den Auseinandersetzungen aber entnommen zu haben, dass darin behauptet wird, es seien Maßregeln zur Überwachung der Geistlichen im Elsaß getroffen werden. Wenn der Abg. Reichensperger sich nun verwundert, nichts von den Opfern dieser Maßregel gehört zu haben, so findet dieser Mangel seiner Erklärung in dem Umstande, dass solche Maßregeln überhaupt nicht erlassen sind. (Heiterkeit.) Was die Schulfrage betrifft, so war seitens der Regierung eine Weisung zur Aufhebung der Confessionalfreiheit der Schulen nicht gegeben worden, von Ordre und Contreordre ist also nicht die Rede. Die Aufhebung der Maßregel wurde angeordnet, weil die Regierung es für unrecht hielt, einseitig in die zu Recht bestehenden französischen Institutionen einzutreten. — Abg. v. Kardorff: Die Regierung hat in einem aufgeregten Lande nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, eine regierungsfreundliche Presse in den nördlichen Schranken zu halten. Ich begrüße es als einen Fortschritt, dass confessionslose Schulen nach der früheren Tradition im Elsaß eingeführt sind. Die Freiheit des Unterrichtes ist ein Lieblingsthema meines Herrn Vorredners. Die Freiheit aber, welche er und seine Partei anerkennen, ist auf diesem Gebiete und überall nichts anderes als die absolute Herrschaft der Kirche. Das dieses der Fall, dass die Unterrichtsfreiheit hierzu in der That führe, hat die Geschichte von Belgien und Frankreich gelehrt. Dann müssen wir unserer Regierung votieren, dass sie den Schulzwang eingeführt hat, und ihn allerorten aufrecht erhält. — Abg. Windthorst (Berlin) erklärt gleichfalls die gegen die Ultramontanen ergriessenen Maßregeln als gerechtfertigt. — Abg. Reichensperger (Crefeld). Von jener habe ich gewünscht, dass Elsaß und Lothringen deutshes Land werde. Das dieser Wunsch aufrichtig, mag man daraus ersehen, dass ich solches während des Krieges sogar habe drucken lassen. Demnach sollte man doch vorsichtig sein und uns nicht suppedieren, dass wir den Wiederaufschluss der annexirten Länder an Frankreich erstreben. Wenn der Vorredner erklärt hat, es sei nicht vortheilhaft gewesen, dass die angeregten Fragen jetzt in die Discussion des Reichstages gezogen werden, so erwähne ich ihm, dass wir uns dejenen wohl bewusst waren, dass wir in ein Wespennest stächen. Wir kennen die Stacheln der Wespen wohl, sowohl aus den Parlamenten, als aus den Zeitungen. Wir können sie extragen; wir haben Geduld und leben noch lange. (Heiterkeit.) Gerade von der Fortschrittspartei hat es mich gewundert, dass ein Vertreter derselben für das Fortbestehen der Diktatur eingetreten ist. Verwundert bin ich ferner von liberaler Seite zu hören, wie die Unterdrückung unliebsamer Organe befürwortet wird. Der Abgeordnete v. Kardorff hilft sich hier leicht mit dem Machtworte „regierungsfreindlich“. Nun „demagogisch“ wäre auch solch ein Wort, und dass selbst verschiedene Blätter des Fortschritts in dieser Beziehung regierungsfreundlich sind, wird mir der erwähnte Abgeordnete wohl zugestehen. Das Wort „ultramontan“ erinnert mich lebhaft an meine Jugendzeit, wo mit dem Worte „Demagogie“ derselbe Spül getrieben wurde; an Kampf und die eifrigsten Verurtheilungen. Damals wurde unter dieser Rubrik nicht nur Alles unterdrückt, sondern Vieles auch eingesperrt. Heute wird das Verfahren der früheren Zeit hart getadelt, um so mehr wundert mich heute diese Art der Verhandlungen im Reichstage. Es ist das Unglück, dass in Elsaß-Lothringen % Katholiken sind. Alle, sagt man, sind ultramontan, es ist in Folge dessen schwer mit ihnen auszukommen, und daher die Beschränkungen. Ob man damit die Herzen gewinnen wird, sollte man wenigstens in leises Bedenken ziehen. Was die Schulbrüder anbetrifft, so kann man dieselben ja examiniren, wie der Abgeordnete für Neppen bereits gesagt hat. In der Rheinprovinz haben dieselben sich vorzüglich bewährt. Der Abg. v. Kardorff sagt, die Schulfreiheit begründete die Allmacht der Kirche. Das ist ein ebenso schlechtes Compliment für die Freiheit, als ein großes für die katholische Kirche. Wir verlangen die freie Concurrenz als die Grundlage der Entwicklung. Jedes das Seine, jedoch nur auch das Meine. Das ist mein Begriff der Freiheit. — Die Debatte wird geschlossen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird die vom Präsidenten Sison vorgeschlagene Resolution angenommen. — Nächste Sitzung Dienstag.

#### Deutschland.

△ Berlin, 22. April. Die Beantwortung der Interpellation, welche heute den Reichstag, wie vorgestern den Landtag bezüglich der Presse beschäftigte, hat hier wie dort eine lebhafte Berührung in Abgeordnetenkreisen hervorgerufen. Es muss bemerkt werden, dass die Gutachten der Bundesregierungen über den ihnen zugefundenen Pressegeregentwurf seit fast 14 Tagen im Reichskanzleramt eingegangen sind. Die Rückübertragung Württembergs machten den Beschluss. Nun gewinnt es allerdings den Anschein, als ob in Folge der Regierungantworten die Ausarbeitung eines neuen Entwurfs vorgenommen werden möchte. Trifft dies zu und sollte dann noch einmal auch über den letzteren die Rückübertragung sämtlicher Regierungen notwendig werden, dann freilich würde in dieser Session an eine Vorlegung des Pressegesetzes nicht zu denken sein. Auch andere Umstände sprechen für diese Annahme. Wir haben

bereits gemeldet, dass eine bis dahin nicht vorgesehene Anzahl von Vorlagen den Reichstag beschäftigen wird, nachdem einmal feststeht, dass dessen Geschäfte bis zum Pfingstfest nicht abzuwickeln sind und der selbe erst im nächsten Jahre wieder einberufen werden soll. Zu diesen Vorlagen nun wird das Pressegesetz nicht gezählt. Man hofft allerdings von der Hinauschiebung seiner Erledigung einen wesentlichen Fortschritt gegenüber demjenigen, was vor dem jetzt den Regierungen unterbreiteten Entwurf verlautet, allein es scheint sehr fraglich, ob diese Hoffnung erfüllt werden wird, da die Presse und alles was sie betrifft, weder bei der preußischen Regierung, noch bei dem Reichskanzleramt auf eine freundliche und geneigte Stimmung rechnen zu dürfen scheint. Es wird daher an der liberalen Partei sein, ihren ganzen Einfluss zu Gunsten des Pressegesetzes einzufegen und es nicht dauernd bei erfolglosen Interpellationen benutzen zu lassen. — Der vortragende Rath im Reichskanzleramt, Geh. Oberregierungsrath Achimba, welcher zum Unterstaats-Secretair im preußischen Cultusministerium ernannt worden ist, wird bis zur Abwidmung des Gesetzes über die Verhältnisse der Reichsbeamten, welches gegenwärtig den Reichstag beschäftigt, noch im Reichskanzleramt verbleiben und das Gesetz, an dessen Auffassung er einen so wesentlichen Anteil hat, im Reichstage vertheidigen. — Der Abg. v. Forckenbeck, der einen längeren Urlaub nimmt, hat seinen Sitzen in der Commission des Reichstages zur Vorberatung des Militär-Strafgesetzbuches aufgegeben und es ist an seine Stelle der Abg. Wölfe in die Commission gewählt worden. Der stellvertretende Vorsitz wird nunmehr nach dem Ausscheiden Forckenbecks dem Abg. Becker (Oldenburg) übertragen werden. Diesejenigen Mitglieder der Commission, welche eine Reform der Bestrafung der Militärs durch strengen und Mittelarrest herbeiführen wollen, haben sich, wie man hört, sehr genau über die Art der Vollstreckung dieser Strafarten und die verschiedenartigen schädlichen Folgen derselben auf die Gesundheit der Soldaten informiert, um dies als Argumente für ihre Anträge geltend zu machen. Auch die Vorgänge bei den sogenannten „Säbelaffaires“ will man nicht unerwähnt lassen und auf Maßnahmen zur Abhinderung der unheilvollen Folgen vieler dieser Vorgänge hinwirken. — Seitens des Bundesrathes fand heute eine mehrere Stunden währende Beratung der Ausschüsse für Rechnungswesen, sowie für Landwirt und Festungen statt, welche sich auf die Liquidation der Ausgaben aus der von Frankreich gezahlten Kriegsschädigung bezog. Diese Angelegenheit und verwandte Materien werden demnächst in Weiteren den Bundesrath und sodann den Reichstag beschäftigen, da letzterer darüber noch mehrere hochwichtige Vorlagen zugehen sollen.

— Der evangelische Oberkirchenrath hat — der „Kreuz-Ztg.“ nach — die sämmlichen General-Superintendenten und Consistorial-Präsidenten der evangelischen Landeskirche zu einer Conferenz einberufen, welche in den ersten Tagen des nächsten Monats hier stattfinden soll. (Wir werden also ein Seitenstück zu der Fuldaer Conferenz der katholischen Bischöfe zu erwarten haben.)

— Die in der hiesigen Presse verbreiteten Gerüchte von einer bereits erfolgten oder doch bald bevorstehenden Rückkehr des Justizministers Dr. Leonhardt sind der „Kreuz-Ztg.“ aufzufolge verfrüht. Wie diese hört, geht es ihm erheblich besser, doch will er eben um deswillen seinen Aufenthalt auf dem Lande verlängern.

— Seit Publication des Bundesgesetzes vom 11. Juni 1870, betreffend die Commanditgesellschaften auf Aktien und die Actiengesellschaften, sind bis zum 31. December vorigen Jahres in Preußen 13 Actiengesellschaften und Commanditgesellschaften auf Aktien eingetragen. Dieselben verteilen sich auf die einzelnen Provinzen wie folgt: Preußen 22, Brandenburg 11, Pommern 12, Sachsen 2, Schlesien 29, Sachsen 14, Schleswig-Holstein 4, Hannover 22, Westfalen 8, Hessen-Nassau 13, Rheinprovinz 22,

— Der „Protest. Kirchen-Ztg.“ zufolge beabsichtigt die Fortschrittspartei des Abgeordnetenhauses, noch in dieser Session des Landtages einen Gesetzentwurf über die obligatorische Civil-Ehe einzubringen.

Breslau, 22. April. Der gegenwärtig hier verweilende altkatholische Professor Michelis aus Braunsberg hat den Fürstbischof und das Domkapitel auf nächsten Montag zur öffentlichen Disputation über die Infallibilität herausgefordert.

#### Oesterreich.

Wien, 20. April. Wir haben heute zu verzeichnen, schreibt die „N. fr. Pr.“, dass die Wahlen der österreichischen Städte und Handelskammern stattgefunden haben. Die bis zur Stunde eingelaufenen Berichte, namentlich die von den Handelskammerwählern, zeigen den Sieg der Verfassungstreuen.

Wien, 22. April. Die „Wiener Abendpost“ versichert heute auf das Bestimmteste, dass der Reise des russischen Gesandten Novikoff nach Pest leider besonderes politisches Motiv zu Grunde gelegen habe, und dass dieselbe nur durch den Wunsch derselben, gleich den Vertretern anderer Mächte dem feierlichen Schlusse des ungarischen Reichstages beiwohnen, veranlaßt worden sei. Zwischen Russland und Oesterreich hätten keinerlei Erörterungen wegen irgend einer Frage, namentlich nicht wegen der galizischen Frage stattgefunden, noch weniger könne von Verschwörungen die Rede sein, und es habe daher an jedem Anlaß für den russischen Gesandten gefehlt, durch die Reise nach Pest auf den Fortbestand der guten Beziehungen Russlands zur österreichisch-ungarischen Monarchie demonstrativ hinzuweisen, weil die fremdländische Beziehungen in der That nicht gestört gewesen seien.

#### Schweiz.

Bern, 22. April. Die Rechnung über die durch die Internirung der französischen Star mee verursachten Kosten ist nunmehr aufgestellt. Die der Schweiz erwachsenen Ausgaben beziffern sich hier nach auf 12,154,396 Frs. Von dieser Summe schuldet Frankreich, nachdem dasselbe bereits 6,682,584 Frs. zu zahlen hat, weitere 1,154,459 Frs. durch den Erlös aus verkauften Pferden, sowie 160,646 Frs. aus verkaufter Fourrage gedeckt worden sind, noch den Restbetrag von 4,156,706 Frs. — Vom Bundesrath ist heute die Durchsetzung des militärischen Befehls vorgeschlagene Eintheilung des Schweizerdepartementes in 9 Armeedivisionen genehmigt worden. (W. T.)

#### Dänemark.

Kopenhagen, 17. April. Die in Apenrade versammelte deutsche-deutsche Commission für die Auswandererfrage hat bereits

Mitte Januar ihre Arbeiten beendet und in den wesentlichen Punkten eine Einigung erzielt, doch fehlt noch immer die Ratifikation der beiden Mächte. Wodurch die Verzögerung bewirkt worden ist, sagt die „H. Corr.“, wissen wir nicht, möchten aber annehmen, dass die Reise des Königs von Dänemark nicht ohne Einfluss auf dieselbe geblieben sei. Wie dem aber auch sein möge, jedenfalls ist eine Beschlagnahmung dringend wünschenswert, da es sich hier um das Schicksal von Tausenden handelt. Hoffen wir, dass die Entscheidung eine nach allen Seiten befriedigende sei, damit die Auswanderer-Angelegenheit, welche schon zu lange das gute Einvernehmen zwischen Dänemark und Deutschland gestört hat, endlich aus der Welt geschafft werde.

#### England.

London, 20. April. Die Königin hat heute die angekündigte Reise nach Cheshire gemacht. Ihr Besuch bei dem Kaiser Napoleon dauerte eine halbe Stunde, worauf sie nach Windsor zurückkehrte. — Bis jetzt glaubte man die Ballot bill nur vom Oberhause bedroht; die letzte Abstimmung hat aber gezeigt, dass sie schon im Unterhause gefährdet ist. Die Regierung hatte es bei Formulierung der Bill nicht nötig erachtet, eine Strafe für diejenigen festzustellen, welche absichtlich das Geheimnis ihrer Abstimmung verraten haben, richtiger gesagt, durch Vorzeigung ihrer Stimmzettel nachzuweisen, welchen Candidaten sie ihre Stimme geben wollen. Dieses Verstümme glaubte sie nachholen zu müssen und daher schloss sich Gladstone dem Amendment Leatham's an, welches mehrmonatliche Gefängnisstrafe gegen jeden Wähler verhängt sehen wollte, der seinen Stimmzettel „absichtlich“ vorzeige. Vernon Harcourt dagegen beantragte, das „absichtlich“ in „in unrechtmäßiger Absicht“ umzändern. Da die Regierung diese seine Verbesserung des Amendments verwerfen zu müssen glaubte, er selbst aber aus der Stimmung des Hauses mittlerweise erkannt hatte, dass dieses auch das Amendment Leatham's verwerfen werde, zog er das seines zurück, worauf jenes, von Gladstone an Kindesstatt angenommen, mit 28 Stimmen Majorität (274 gegen 246 Stimmen) verworfen wurde, verworfen durch das am stärksten befehlte Haus während der ganzen diesjährigen Session. Die Jubelausbrüche der Opposition über dieses Ergebnis spotteten jeder Beschreibung und, in so fern als es nur durch die Fahnenflucht vieler Regierungsfreunde ermöglicht wurde, war die Freude keine unverrichtete. In sehr ernstem Tone fragte hierauf der sonst so sprudelige Bernal Osborne, ob in Folge dieser Abstimmung die Regierung nicht lieber die Bill zurückziehen wolle. Dies verneinte Gladstone und sehr gespannt ist man nun, wie er sich aus dem Dilemma herausziehen wird, nachdem er früher lange und gründlich nachgewiesen, dass ohne bewusste Klaue die Bill ihren Zweck immer erreichen könnte. Die gelinden Zweifel, dass sie in dieser Session Gesetzeskraft erlangen werde, sind seit der Abstimmung natürlich stärker geworden.

#### Frankreich.

Paris, 20. April. Die Zahl der Deputirten, welche aus der Provinz zurückgekommen sind, beträgt schon über 300 und das Palais der National-Versammlung ist seit Anfang dieser Woche ganz belebt. Was die Mitglieder der Majorität anbelangt, so scheint der Aufenthalt in ihren Departements weniger an ihren Ideen geändert zu haben. Die Legitimisten und Orleanisten, welche während der Parlamentsferien erkennen konnten, dass ihre Sache auf dem Lande viel verloren hat zu Gunsten der Republik oder des Kaiserthums, kommen ein wenig entmündigt zurück, aber erbitterter wie je gegen Thiers. Als sie noch zu Bordeaux waren, hatten sie alle mehr oder minder die Hoffnung, dass Thiers mehr zu ihrem Vortheile arbeiten würde. Sie haben nun sehen müssen, dass die republikanischen Mitglieder aller Generalräthe Adressen an Thiers gesandt haben, um ihn zu bitten, die Republik definitiv zu proklamieren, und ihn ihres ganzen Vertrauens zu verschaffen. Ihre Illusionen sind zerstört und sie merken jetzt, dass der Präsident der Republik, obgleich er in sein 76. Jahr getreten ist, die Lasten der Regierungsgewalt noch gar nicht abzugeben gedenkt. Die bonapartistischen Deputirten, zahlreicher, als man gewöhnlich denkt, die aber nicht alle ihre Neigungen offen auszusprechen wagen, sind höchst befriedigt nach Versailles zurückgekehrt. Sie sagen, dass, wenn nächstens Wahlen für die Nationalversammlung statthaben sollten, ihre Partei an 100 bis 150 Candidaten durchbringen würde. Die republikanischen Deputirten kommen ebenfalls befriedigt von dem Besuch in ihren Departements zurück. Alles in Allem genommen, scheint die Periode der Ruhe für die Nationalversammlung noch nicht gekommen zu sein, wenn man nach der Stimmung der bereits hierher zurückgekommenen Deputirten urtheilen darf.

Aus Neims berichtet ein Correspondent der „Times“ über die Verhältnisse der besetzten Landesteile und stellt die heutige Lage der Dinge in einen äußerst günstigen Gegenatz zu den peinlichen Umständen, die vor einem Jahre noch auf Schritt und Tritt dem Beobachter auftraten. Wenn man nicht hier und da einem Soldaten oder einer kleinen Abtheilung auf dem Exercierplatz begegnete, so würde man keine Veranlassung haben, daran zu denken, dass die Stadt vom Feinde besetzt sei. Keine Spur mehr von den drohenden Maueranschlägen, und auch die sonst unaufhörlich aufgewärmten Geschichten, dass vorgestern eine Dame von einem Offizier insultirt oder ein harmloser Arbeiter von Soldaten niedergeschlagen worden sei, sind endlich verhallt. Niemand braucht um 10 Uhr zu Hause zu sein, um zu vermeiden, dass man ihn für die ganze Nacht einsperre, noch auch hat man von der düsteren Stimmung zu leiden, die sich sofort eines ganzen Cafés bemächtigte, wenn ein deutscher Offizier eintrat.

#### Nußland.

Polnische Zeitungen berichten über den Ausbruch der Cholera in Kamionek im Königreiche Polen, wo sie in 9 Tagen 21 Opfer gefordert haben soll.

#### Spanien.

Bon dem übermäßigen Eisern, mit welchem einige Behörden die Aufrégung während der Wahlen zu stillen versuchten, werden gar merkwürdige Dinge erzählt. Als Beispiel sei eine Verfügung des Bürgermeisters von Cubells in der Provinz Lerida erwähnt. Dieselbe beginnt: „Ich Don Francisco Torre, Bürgermeister etc., befehle und verfüge: 1) dass Niemand sich erdreiste Worte gegen die Regierung oder die Monarchie zu sagen, wird mit der ganzen Strenge des Gesetzes bestraft werden; 2) eben so unter denselben Strafe, dass Niemand sich erdreiste, unehrbietige Lieder gegen das eingesetzte Ministerium zu singen; 3) dass Niemand sich erdreiste, mit Wort noch irgend welchen Thaten zu beleidigen, unter der Strafe des Gesetzes; 4) es wird verboten, dass v. 9 Uhr Abends abemand sich erdreiste zu mehr als zwei Personen vereint und mit Licht zu gehen; 5) es wird verboten, dass die Wirthshäuser von 9 Uhr Abends an, dass sie sich nicht offen befinden; 6) eben so wenig wird er von dieser Stunde an Vereinigungen in Privathäuser erlauben ohne meine Ernährigung.“ Der Styl dieser Verfügung ist im Vorstehenden getreu nachgeahmt; die zahlreichen orthographischen Fehler entziehen sich der Wiedergabe. Die guten Bürger von Cubells werden sich verwundert fragen, was denn aus den freiheitlichen Errungenchaften der September-Revolution geworden ist, wenn sie nicht einmal eine Privatgesellschaft ohne Einwilligung des strengen Herrn Bürgermeisters geben dürfen. Herr Sagasta wird seinem catalonischen Unter-Pascha wohl mindestens das Großkreuz Isabellens der Katholischen verleihen müssen.

#### Amerika.

Der Präsident Grant hat dem Congresse eine Petition überliefert, in welcher er anzeigen, dass die Gesetzesverhüttungen durch die Kul-Klux-Gesellschaft fortduern und die Localbehörden in Südkarolina gegenüber diesen Vorgängen ohnmächtig sind.

#### Danzig, den 23. April.

\* Dem zum französischen Consul hier ernannten Herrn Verneuil ist Namens des deutschen Reiches das Exequatur für die Ernennung ertheilt worden.

\* Die Betriebs-Einnahmen der R. Ostbahn betragen im Monat März c. a. Hauptbahnhof 726,814 R. 48,12 R. weniger als im März 1871, b) Schneidemühl-Cottbus-Dirschau-Pr.-Stargard und Insterburg-Rothkiss 20,317 R. (mehr als im März 1871 17,183 R.)

\* Der Vorstand des „Vereins zur Errichtung und Erhaltung von Klein-Kinder-Bewahranstalten in Danzig“ hat vor Kurzem den Jahresbericht pro 1871 erfasst, aus dem wir erschließen, dass die Einnahme im v. J. 7572 R. 22 J. 10 R. die Ausgabe 7458 R. 23 R. 9 R. 1 R. betrug, somit ein Kapitalbestand von 113 R. 29 R. 1 R. verblieb. Die beigefügte Vermögensübersicht ergiebt an Grundeigentum 4 schuldenfreie Grundstücke auf der Vorstadt, Reichstadt, Altstadt und Niedstadt, an Hypotheken 12,450 R., an Stadtpapieren 500 R., an Depositen bei der Danziger Privatbank 1000 R. (für bevorstehende Canalisierungs-, Wasserleitungs- und Reparaturbauten), Betrag der Kloster-Löschung 4100 R. Betrag der Dr. Auguste Löschenschen Stiftung 1500 R., Baarbestand 113 R. 29 R. 1 R. in Summa an Capitalvermögen 19,663 R. 29 R. 1 R. Am Schlusse d. J. 1871 waren in den 4 Anstalten 569 Kinder unter 10 Belehrerinnen. Eine fünfte Anstalt in Petershagen zu gründen, ist als Bedürfnis erkannt, das demnächst befriedigt werden muss. Der Stand der Kasse ist zwar ein sehr günstiger, doch stehen in nächster Zeit Anstrengungen bevor, welche die vorhandenen Mittel erheblich anstrengen werden; weshalb der Vorstand alle, denen das Wohl der ärmeren Classe am Herzen liegt, bittet, ihm ihre thätige Theilnahme zu erhalten. Wir unterstützen diese Bitte im Interesse der anerkannt so engenste wirkenden Anstalten.

\* Im Allgemeinen Bildungsverein hielt gestern Herr Lehrer Blod einen Vortrag über den Zucker, seine chemischen Bestandtheile, Fabrikation, Verwendung in Haushaltung und Gewerben, Verwandlungen und Arten. — Es traten wieder 16 neue Mitglieder dem Verein bei. — Morgen am Vormittag, Mittags 12 Uhr, findet im Lefelotal des Vereins Langenbrücke eine Ausstellung der in den diesjährigen Curien der allg. Vereins-Fortbildungsschule gefertigten Probearbeiten statt.

\* Dr. Professor Bach gab gestern Abend im Stadttheater seine erste Vorstellung in der höhern Magie und in interessanten optischen Experimenten. Das Programm war ein außerordentlich reichhaltiges, und zugleich war für eine so hübsche Abwechselung gesorgt, dass das Interesse der Zuschauer während der dreistündigen Vorstellung durchweg lebhaft

heoten, liefert das Verfahren des Magistrats in Flotow gegenüber der dortigen katholischen Schulgemeinde." Es wird nun weiter erzählt, wie die Gräfin Dzialynska der dortigen polnischen Schulgemeinde einen Platz geschenkt habe mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß derselbe stets zu Schulzwecken verwendet werde; wie dann der Magistrat diesen Platz verkauft und für die deutschen Schulkinder ein neues Schulhaus errichtet, die katholisch-polinische dagegen in beschränkten Lokalitäten untergebracht und nur bisher geweigert habe, einen dritten Lehrer an der katholischen Schule anzustellen. Der frühere Cultusminister v. Mühlner habe zwar angeordnet, daß für die katholischen Schüler eine geeignete Lokalität beschafft werden solle; aber der Magistrat habe die Sache in die Länge gezogen, indem er hoffte, alle Schulen Flotows zu einer Simultanschule, "zu einer Anstalt der Germanisierungsbüro" zu vereinigen; auch habe ein Beamter der R. Regierung zu Marienwerder, welcher vor einiger Zeit die Schulen in Flotow revidiert, Hoffnung gemacht, daß das Vorhaben des Magistrats gelingen werde. Die "Gaz. Tor." schlägt nun vor: "die katholische Schulgemeinde möge sich mit ihrer Beschwerde direct an den Cultusminister wenden, und 1) bei demselben Protest erheben gegen die Errichtung der Simultanschule; 2) ihn darum ersuchen, daß die Verfügung v. Mühlner in Betreff der Verbesserung gesuchter Lokalitäten für die katholische Schule zur Ausführung gelange und 3) die Anstellung eines dritten katholischen Lehrers beantragen. Dieses Geleuch müsse von Allen, welche Schulbeiträge zahlen, unterzeichnet werden, um dadurch das Geschrei der Protestant und Juden, welche die Simultanschule verlangen, zu überwinden. Auch sei zu hoffen, daß mancher Gegner der Simultanschule unter dem Protestant sich dem Gefüge anschließen werde." — Die Sammlungen für den politischen Fonds zur Erinnerung an das Jahr 1872", mit Hilfe dessen in Westpreußen sogenannte Volksbildungszwecke verfolgt werden sollen, haben bis jetzt nur den Betrag von etwa 1000 R. ergeben. Um nun das Interesse für die Angelegenheit neu zu erregen, soll auf den Vorschlag der "Gaz. Tor." nächstens eine Generalversammlung berufen werden. — Der Kammerherr und frühere Abgeordnete des Wahlkreises Conitz zum Deutschen Parlament, v. Haza Radlic, ein Pole von streng clericalen Anschaunen, ist im Alter von 74 Jahren zu Lemke im Kr. Birnbaum (Prov. Posen) gestorben. — Die "Gaz. Tor." brachte neulich aus Neustadt die Mitteilung, daß, falls die dortigen Reformatenmönche das von der Regierung an die Stadt verkaufte Kloster, welches sie gegenwärtig bewohnen, verlassen müßten, ein anderes Gebäude für sie bereit sein würde, da schon die erforderlichen Mittel vorhanden seien. Gegenwärtig haben die Reformaten in unserer Provinz noch drei Klöster inne, während in altpolnischen Seiten sich die Anzahl ihrer Klöster auf 7 belief. Es wäre wohl an der Zeit, daß jene drei gleichfalls verschwinden!

Braunsberg, 19. April. Der Seminar-Director Dr. Treitel macht im "B. R." nach genauen und zuverlässigen Informationen darauf aufmerksam, daß die Ministerial-Bestellung, seitens der Dispensation der Schüler öffentlicher höherer Lehranstalten vom Religionsunterricht, auf Lehrerseminare bis jetzt keine Anwendung findet, also vor Emanation eines besonderen Gesetzes für diese Anstalten eine solche Dispensation nicht zu erwarten ist. Außerdem zähle ein Lehrerseminar auch nicht zu den höheren Unterrichtsanstalten. (1)

Königsberg. Eines der bedeutendsten Importgeschäfte in hier das Heringsgeschäft. Im vorigen Jahre kamen hier in 1872 Schiffe 8694 Last = 130,410 Tonnen Heringe an, ohne daß damit der Markt übersättigt worden würde. Etwa der vierte Theil wurde nach Russland und Polen verkauft. (Ostpr. Stg.)

Der von den Gattmärkten zu Königsberg vor einiger Zeit ins Werk gesetzte Streik gegen die Wiedholzer Bierbrauerie ist so gut wie beendet; mit Ausnahme von drei Wirtshäusern sind die andern aus Nothwendigkeitsgründen zu der Wiedholzer zurückgekehrt.

\* Der Cataster-Controleur, Steuer-Inspector Brunner in Worbis ist zum Cataster-Inspector ernannt und demselben die Cataster-Inspectorei bei der Reg. Regerung in Königsberg verliehen worden.

Der Oberbaudirektor Mutschel ist von Gummibinden an die R. Regierung zu Bromberg versetzt worden.

**Börzen-Depesche der Danziger Zeitung.**

Berlin, 23. April. Angelommen 4 Uhr — Min.

Gr. v. 22. Weiß. 83 83 Wsp. 8½% R. 82 82  
Juni-Juli 80½ 80% do. 4½% do. 92½ 92½  
Rogg. idem. 54½ 54% do. 5% do. 101½ 101½  
April-Mai 54½ 54% do. 120½ 122½  
Juni-Juli 55 55% do. 225 222½  
Petroleum, April 2000. 12½ 12½ Amerikaner (1882) 96½ 96½  
Röbel loco 24½ 24½ Italiener. 67 67 66½ 66½  
Spir. matt. 23 6 23 10 51½ 51½  
April-Mai 20 24 20 28 Russ. Silberrente 63½ 63½  
Sept.-Oct. 20 24 20 28 Russ. Banknoten. 82 82 82½ 82½  
Pr. 4½% cons. 103 102½ 102½ Russ. Banknoten 90½ 90½  
Pr. Staatsch. 90½ 90% Russ. Banknoten. Lond. 6,21½/6,21½  
Belgier Wechsel 79½.

**Krankfurt a. M.**, 21. April. Effecten-Societät. Amerikaner 95½, Creditaktion 34½, 1860er Löse 91½, Franzosen 391½, Lombarden 208½, Silberrente 63½, Franzosen bestellt.

Wien, 22. April. (Schlusscourse) Papirrente 63,95, Silberrente 70,35, 1854er Löse 92,30, Banktacion 828,00, Nordbahn 227,50, Creditaktion 327,00, Franzosen 371,00, Galizier 252,50, Kastau-Oberberger 187,50, Pardubitzer 183,50, Nordwestbahn 208,70, do. Lit. B. 183,50, London 111,55, Hamburg 82,30, Paris 44,05, Frankfurt 93,35, Amsterdam —, Böhmisches Weltbahn —, Creditloose 183,50, 1860er Löse 102,00, Lombardische Eisenbahn 197,00, 1864er Löse 146,00, Anglo-Austrian Bank 305,75, Napoleon's 8,89, Ducaten 5,33, Silbercoupons 109,40, Elsassbahn 246,50, Ungarische Prämienloose 106,10, Frankfurter 100, —, Autro-thür. 126,50.

Brüssel, 22. April. Die Bank von Belgien erhöhte den Discont von 3½ auf 4%.

Gamburg, 22. April. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco fest, auf Termine höher. — Weizen vor April-Mai 17½ 20000 in Markt

**Berliner Fondsbörse vom 22. April**

Eisenbahn-Aetten.

Dividende pro 1871. 3. Thüringer

Amsterdam-Rotterd. 6½ 4 10½ 4½ b. u. B.

Böh. Westbahn 5 11½ 5 b. u. G.

Ludwigsb.-Bergbahn 4 204 4 G.

Main-Ludwigsbahn 4 180½ 4 b. u. G.

Dest.-Franz.-Staat. 5 222-14-23-22½

Russ. Staatsbahn 5 95½ 5 b. u. G.

Berl.-Potsd.-Magdeb. 5 118½ 9-8½ b. u. G.

Berl.-Stettin 11½ 18½ b. u. G.

Brsl.-Schmeid.-Freib. 9½ 148½ 5½ b. u. B.

Elm.-Minden 4 185½-6½ 6 b. u. G.

Kassel-Halberstadt 4 159½ 6 b. u. G.

Magdeb.-Leipzig 16 4 253 6 b. u. G.

Niederhess.-Märk. 4 4 95½ G.

Hedderich Zweigbahn 5 4 111½ b. u. G.

Obersch. Litt. A. u. C. 13½ 213½ b. u. G.

do. Litt. B. 13½ 3½ 187½ b. u. G.

Pr. Sib. St.-Pr. 5 73½ b. u. G.

Steinische 4 169-70-69½ b. u. G.

do. St. Prior. 4 4 —

Wein-Slabebahn 4 49½ b. u. G.

Szczecin 4 41½ b. u. G.

Stettin 4 41½ b. u. G.

Herrn Vormittag 9 Uhr wurde meine liebe Frau Marie, geb. Namlow, von einem gefundenen Knaben schnell und glücklich entbunden.

Amalienhof, den 20. April 1872.

Zollenkof.

Die glückliche und schnelle Entbindung einer lieben Schwiegertochter Bertha, geb. Domanski, von einem gefundenen Knaben, zeige ich Freunden und Bekannten in Abwesenheit ihres Mannes, des Schiff-Captain A. O. Bendrat, ergebenst an.

Danzig, den 22. April 1872.

L. Bendrat,

Artillerie-Werkstatt-

Secretair.

Un Alterschwäche starb gestern, am 21. April, der Müllermeister Herr August Rausch im achtzigsten Lebensjahr.

Um stille Theilnahme bitten

die Hinterbliebenen.

Eppendorf, den 22. April 1872.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 25. April, Nachmittags 3 Uhr, in Klein-Katz statt. (6344)

Saison 1872.

für Geschäfts- und Vergründungsbereiche.

150 Nummern Eisenbahnen- und Postkarten aus dem Geographischen Institut zu Weimar über alle Teile Deutschlands und Österreichs, so wie alle Länder Europas und der Welt; durch Größe, Zuverlässigkeit und Vollständigkeit, deutliche Schrift, handliches Format und Preiswertigkeit unübertroffen; preisgekrönt auf dem internationalen geographischen Kongress in Antwerpen 1871.

In eleg. farb. Carton à 12 Kr.

Vorrätig bei

Th. Anhuth, Langenmarkt No. 10.

Besten fetten Näherlachs, frisch marinirten Lachs in fl. Conn., rödl. frisch geräuch. Svedjefisch, Perlcaviar in schöner Qualität sowie fr. Lachs, Steinbutten, Seelzander u. vers. jetzt zu mäßigen Preisen u. Nachnahme Brunnen's Seefischhandlung, Fischmarkt 38.

Tafelbutter feinster Qualität in 1/2 u. 1/2 lb. erhält täglich frisch und empf. zu herabgesetzten Preisen C.W.H. Schubert, Hundegasse No. 15.

Holsteiner Käse

in ganzen Broden à 2 1/2 Sgr. Limburgerkäse pro Stück 3 u. 3 1/2 Sgr., empfiehlt C.W.H. Schubert, Hundegasse No. 15.

Hochfeine Tischbutter à 10 und 11 Kr. empfiehlt Gustav Henning, Ullst. Graben 108.

Cincinnin

ein bewährtes Haarmittel, welches die Schnitten sofort beseitigt, offert in Origin.-Flaschen mit Gebrauchsanweisung die Mathsapothek in Danzig.

Geschäfts-Gründnung. Einem hochgeehrten Publikum erlaube mir ergebenst anzugeben, daß ich am hiesigen Orte eine

Schirm-Fabrik,

sowie ein Lager von Spazierstöcken und Gummischuhen etabliert habe; durch verbindliche Einfüsse bin ich im Stande die solidesten Preise zu stellen. Reparaturen jeder Art werden schnell sauber u. billig ausgeführt, für gute reelle Bedienung werde stets Sorge tragen.

A. Donepp,

128. Heiligegeistgasse 128.

Robert Upleger, Hutfabrikant, Erster Damm No. 5, empfiehlt sein mit allen Neuheiten für die Frühjahrs-Saison vollständig sortirtes Lager.

J. Jacobus, 73. Langgasse 73. (im Hause der Löwenapotheke). Bedeutendes Lager

Havana-, Hamburger-, Bremer Cigarren,

Cigaretten,

türkischer und aller anderen Sorten Rauchtabake,

Importierte Cigarren,

mittel, fein und hochfeine Marken.

Getreidesäcke empfiehlt (3 Schaffl. Inhalt) à 15, 16, 17, 18, 20 Kr. in größter Auswahl

J. Kickbusch,

Firma: J. A. Potrykus,

Holzmarkt- u. Glodenthor. Ede.

Während Dyd. Engl. Schaffsäcke sind im Ganzen auch einzeln sehr billig zu verkaufen. Kettensäcke No. 4 bei A. Th. Leichgräber.

## Norddeutsche Lebens-Versicherungs-Bank

auf Gegenseitigkeit in Berlin.

Hiermit beeibre ich mich anzuzeigen, daß ich für obige Lebens-Versicherungs-Bank dem Herrn

August Froese, Danzig, Frauengasse 18, eine Haupt-Agentur übertragen habe.

Elbing, 20. April 1872.

W. Weichert,

General-Agentur der Norddeutschen Lebens-Versicherungs-Bank auf Gegenseitigkeit in Berlin.

Bezugnehmend auf obige Anzeige, empfiehle ich mich bestens zur Annahme von Versicherungs-Anträgen und bin zur Erteilung jeder gewünschten Auskunft stets gerne bereit.

Aug. Froese, Frauengasse 18,

Haupt-Agentur der Norddeutschen Lebens-Versicherungs-Bank auf Gegenseitigkeit in Berlin.

Die

## Magdeburger Hagelversicherungs-Gesellschaft,

Grund-Capital: Drei Millionen Thaler, in 6000 Stück Aktien, wovon bis jetzt 3001 Stück emittiert sind, versichert Bodenerzeugnisse aller Art gegen Hagelschaden zu festen Prämien. Nachschußzahlungen finden nicht statt. Die Entschädigungs-Beträge werden spätestens binnen Monatsfrist nach Feststellung derselben voll ausgezahlt; die prompte Erfüllung dieser Verpflichtung wird durch den bedeutenden Geschäftsumfang, durch das Grund-Capital und die Reserven der Gesellschaft verbürgt.

Seit ihrem achtzehnjährigen Bestehen hat die Gesellschaft 553,798 Versicherungen abgeschlossen und 6,818,751 Thaler Entschädigung gezahlt. Die Versicherungs-Summe im Jahre 1871 betrug 52,549,069 Thaler.

Die Unterzeichneten, zugleich Agenten der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, nehmen Versicherungs-Anträge gern entgegen und werden jede weitere Auskunft bereitwilligst ertheilen.

Im Regierungsbezirk Danzig:

Barloczno: O. Regel, Administrator. Berent: St. v. Lipinski, Sekretär. Garthaus: N. Viber, Rendant. Danzig: Carl H. Zimmermann, Kaufm. E. Kleefeld, Kaufmann. E. Ellerholz, Kaufmann. Dirschau: A. Pofeld, Kreishierarzt. Elbing: H. Preser, General-Agent. A. Phillips, Oberbürgermeister, a. D. A. Preyer, Parfümier. Käsemart: S. G. Neh, Deichschafer. Loeslaw: G. Boelke, Gutbesitzer. Marienburg: A. Weinhold, Apotheker.

Neustadt: H. Villat, Bürgermeister. Berlin: E. F. Kempf, Apotheker. Burg: C. Beckerle, Stadtämmlerer. Sandhof: L. Kaelbodt, Hauptmann a. D. Schneberg: F. Vogel, Lehrer. Schön: E. Mennwanz, Kaufmann. Sturz: H. Ernst, Rendant. Br. Starck: A. Reich, Kaufmann. Stutthof: F. Thyben, Gutsdächer. Thiergart: C. W. Morsfeldt, Lehrer. Liegenhagen: A. Zint, Lehrer. Liegenhof: E. Wiens, Kaufmann.

Im Regierungsbezirk Marienwerder:

Baldenburg: J. Flater, Lehrer. Bischofswerder: L. Nowakski, Kaufmann. Briesen: M. Vogler, Kaufmann. Brüssow: J. G. Pasterack, Kaufmann. Conitz: J. Beerwald, Cantor. Dr. Crane: F. Dau, Kreis-Gerichts-Schr. Culm: M. Kiehn, Kaufmann. Culmee: H. Kaun, Zimmermeister. Dobrin: W. Großkreuz, Oberförster. Dt. Eylau: J. Heinemann, Lehrer. Flotow: W. Koch, Rentamts-Aktuar. Freystadt: A. Zollfeld, Apotheker. H. Friedland: H. Mielcke, Apotheker. Br. Friedland: A. Biemann, Kaufmann. Gollub: H. Paehler, Apotheker. Graudenz: G. Squarkowius, Kaufmann. A. Nonnenburg, Siegelbinder. Hammer: A. Cohnfeld, Gutsbesitzer. Hammerstein: C. F. Nitsch, Apotheker.

Jastrow: J. A. Vorhardt, Kaufmann. Klutzen: A. Bleck, Kreisarbeiter. Krojantow: F. Steffen, Stadtämmlerer. Lautenburg: C. Welcher, Maurermeister. Löbau: C. Lanichler, Cantor. Marienwerder: A. Hobel, Kaufmann. Mewe: C. A. Schmidt, Stadtkämmlerer. N. Hübschmann, Kaufmann. Neuenburg: J. Wollenweber, Kaufmann. Neumark: M. Rother, Apotheker. Nienburg: C. F. Neubert, Lehrer. Rosenberg: F. Schleme, Kreisarbeiter. Schlochow: A. Bleck, Lehrer. Schloppe: F. Manschewski, Apotheker. Schönsee: S. Kirchner, prakt. Arzt. Schweiz: G. Bandelow, Maler. Strasburg: C. Zimmer, Stadtämmlerer. Stuhm: H. Nobach, Kr.-Ger.-Bureau-Assist.

Im Regierungsbezirk Königsberg:

Gilgenburg: J. Naezinski, Kaufmann. Hohenstein: L. Jacobowits, Kr.-Ger.-Schr. Br. Holland: L. Grumach, Kaufmann. Liebenthal: B. Boesler, Kaufmann. Liebstadt: B. M. Jacobsohn, Kaufmann. Mohrungen: C. Nohrbach, Kr.-Ger.-Schr. Elbing, den 22. April 1872.

Die General-Agentur

der Magdeburger Hagelversicherungs-Gesellschaft. Hans Preser. (6242)

## Tülls zu Tuniks

in schönen Mustern und guter Qualität empfiehlt bestens.

30. Langgasse 30. Carl Reeps.

In Frühjahrs- und Sommer-Hüten empfiehlt ein reiches Sortiment bei billigen Preisen.

## Runde Stroh-Hüte

sowie Knaben-Hüte und Mützen zu außergewöhnlich billigen Preisen. Sämtliche Puff-Waren vorrätig.

30. Langgasse 30. Carl Reeps.

Modernste Stoffe für Sommer-Weberzieher, Röcke und Beinkleider, die ich auf Leipziger Messe und in rheinischen Fabriken kaufte, empfiehle ich in größter Auswahl.

Für Knaben-Anzüge haltbare, waschächte Buckskins besonders preiswert und billig.

f. W. Puttkammer.

## Schwarze Seidenzeuge,

Wollene Kleiderstoffe,

Umschlagetücher und Long-Chales

empfehlen in größter Auswahl zu ganz außerordentlich billigen Preisen

S. Hirschwald & Co.,

Langgasse 79,

Leinen- und Manufacturwaaren-Engros- und Detail-Geschäft.

## Die Süddutsche Boden-Credit-Bank in München

gewährt in Städten und auf dem Lande hypothekarische Darlehen in baarem Gelde unter den günstigsten Bedingungen.

Anträge darauf nimmt entgegen und jede mündliche und schriftliche Auskunft ertheilt freiwillig

Otto Lindemann, Danzig,

Comtoir: Siegengasse 1.

Circa 150 Schffl. schöne weiße Kartoffeln sind zu haben Burgstraße No. 7.

Ca. 600 Sch. Kartoffeln I. zum Verkauf in Steinberg b. St. Kat.

Damen mit disponiblem

Bermögen von 5, 15 bis 50,000 Kr. werden nachgewiesen.

Residenten belieben ihre Adresse unter No. 6331 in der Exp. d. Zeit. abzugeben. Discretion Ehrensache.]

Ein gewandt. Buchhalter wird für ein Warschauer Banquier-Haus gesucht. Kenntnis der polnischen u. französischen Sprache erwünscht. Melbungen nebst Referenzen sind Langgasse 32 im Comtoir schriftlich einzureichen.

Ein anständ. fleiß. Mädchen, d. ber. ½ J. i. Fleischges. gew., empf. f. e. ähnlich. Räderisch. J. Hardegen, Goldschmidg. 6.

Zwei Birthsfabs. Inspectoren finden sofort Stellung.

Röb. bei A. Bibor, Heiligegeistg. 5.

Ein junges anständiges Mädchen, in der Wirtschaft erfahren, mit Küde, Milcherei und Viehbest. vertraut, sucht zum 1. Juli e. Stelle auf dem Lande. Näh. Nähere Auskunft w. gütig ertheilt Krabthor No. 70, 1 Kr.

Für mein hier selbst gelegenes

Dampf-Mahl-Mühlen-Etablissement

suche ich einen Compagnon oder Käufer. Rosenberg Weitp., in April 1872.

C. Werner.

Eine Landwirthin, welche mehrere Jahre Wirtschaften seitändig vorgehaben, darüber gute Zeugnisse besitzt, sucht Stellung. Näh. Martha-Heber.

Ein älteres zuverlässiges Mädchen sucht von sogleich einen Dienst bei einer kleinen Kinde oder einer einzelnen Dame.

Zu erfragen Neugarten No. 7.

Eine Pachtung

von 400 Morgen zwischen Garthaus und Berent soll wegen Familien-Verhältnisse ceidirt werden.

Adressen sub 6302 in der Exp. d. 3. erb.

Ein anständiges möbliertes Zimmer, neu decorirt, ist sofort zu vermieten Frauengasse No. 22, Saal-Etage.

25,000 Kr. sind in kleinen u. großen Posten auf Wechsel zu begeben.

Residenten belieben ihre Adressen unter No. 6317 in der Exp. d. 3. einzureichen.

Seebad Westerplatte.

Die Restauration ist eröffnet.

Bürger-Halle,

Altstädtische Graben No. 31.

Dem geehrten Publikum zeige ich hierdurch an, daß ich unter obiger Firma eine Restauration eröffnet habe, und empfiehle mein comfortabel eingerichtetes Lokal zur gelegten Beachtung.

Den Herren Billardspielern steht ein neues Billard (a Partie 6 A) zur Verfügung.

Hiesige und fremde Biere in bester Qualität empfiehlt in Flaschen außer dem Hause zu billigen Preisen. Achtsamvoll.

J. Freder.

Selonke's Etablissement.

Donnerstag, 25. April. Zum Benefiz für die Soubrette Frau. Weingart. Große Vorstellung und Concert. U. A. zum ersten Male: Jugendstunde, oder: Eine kleine Erzählung ohne Namen. Lustspiel. Die schöne Galathée. Operette. Großes Ballet-Divertissement.

In der gestrigen Versammlung des Handlungsgesellen-Vereins im Hotel du Nord ist ein brauner Weberzieher verstorben. Es wird gebeten, den richtigen gegen Ablieferung des fälschlich mitgenommenen Kellner in Empfang zu nehmen.